

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Brag II., Nr. 109, 1. u. 2. Stock. Postamt: Brag II., Postfach 57344. Inserate werden laut Tarif billigt berechnet.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Weimarer Republik.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich K 16.— vierteljährlich 48.— halbjährig 96.— ganzjährig 192.—

3. Jahrgang.

Mittwoch, 24. Jänner 1923.

Nr. 18.

Kommunistische Polemik.

Der Reichenberger „Vorwärts“ ist aus dem Häuschen. Die kommunistische Partei hat solange an der Spaltung der Arbeiterbewegung, der Verhinderung des Zustandekommens jeder wirklichen sozialistischen Internationalen gearbeitet, daß sie beide für mausetot und begraben hielt. Außer den Moskauer Weltglückern, die im Namen der Weltrevolution mit dem Kapitalismus Geschäfte machen, sollte nichts existieren bleiben. Und nun — welche Pein! — müssen sie sehen, wie anfänglich des französischen Einflusses ins Ruhrgebiet die internationale Solidarität des sozialistischen Proletariats sich überall rührt und regt! Und der „Sozialdemokrat“ schrieb gar vor einigen Tagen: „Der internationale Gedanke lebt!“ Welches echte Moskauer Herz muß darob nicht vor Gram und Zorn erbeben! Und so nahm eines der Schreiberlein das Schimpfwörterlexikon zur Hand und führte an seiner Hand auf vier Spalten unter Verwendung von baumendicken Lettern den unwiderleglichen Beweis, daß die Sozialdemokratie insgesamt Sozialpatrioten, Kriegstreiber, Kapitalistenluchse sind, und daß sie in allen Ländern kein schöneres Vergnügen kennen, als die Politik ihrer Regierungen zu machen. Dagegen seien es einzig und allein die Kommunisten, welche imstande sind, mit Poincaré, Foch und allen anderen Imperialisten gründlich aufzuräumen.

Die Melodien des mißhörigen kommunistischen Leierkastens sind so abgegriffen, die albernen Schimpfereien der kommunistischen Presse so gebraucht, daß man ihre täglichen Ergüsse ruhig in der Gasse vernimmen lassen kann. Doch da diesmal der „Vorwärts“ das Mündchen besonders weit aufreißt, und sich gebärdet, als hätte er beim Bischen nach Sozialverrätern einen besonders guten Fang gemacht, so sei auf seine „Beweise“, die sich bei näherer Betrachtung als Fälschertumstücke schärfster Art entpuppen, einmal näher eingegangen.

Da der „Vorwärts“ die Abschließung der Sozialdemokraten immer ganz gründlich bejorgt — welche Stümper sind diesen Leistungen gegenüber die Deutschgelben! — so nimmt er in seinem Artikel nacheinander die sozialistischen Parteien jedes einzelnen Landes vor. Gegen die deutschen Sozialdemokraten führt er mit seinem Biederwisch den ersten Streich. Er erhebt gegen sie die niederträchtigste Anklage, daß sie „die Regierung Cuno offen unterstützen“. „Offen“, so die Sozialverräterei der deutschen Sozialdemokraten geht schon über die Guckhuhn. Wenn sie den Abwehrkampf gegen den Einbruch des französischen Imperialismus wenigstens geheim führen möchten! Aber wie ist uns denn? Sind denn die deutschen Kommunisten nicht für die Abwehr dieses Überfalls? Die kommunistische Partei Deutschlands kann sich doch im Radikalismus gegen den Einfall der Franzosen ins Ruhrgebiet nicht genug tun, sie erlassen doch auch „offen“ Protest auf Protest und kämpfen „offen“ im Ruhrgebiet an der Seite der sozialdemokratischen Arbeiter! Auch sie also „unterstützen“ offen die Regierung Cuno! Offenbar will der geschickte „Vorwärts“, daß die deutschen Sozialdemokraten sich auf die Seite der Franzosen stellen, weil auch die Regierung Cuno den Kampf gegen die Befreiung des Ruhrgebietes führt. Der „Vorwärts“ will? Wenn man dort wüßte, was dieses von neu-rasthenischen Jünglingen geschriebene Blatt eigentlich will! Er weiß dies doch selber nicht. Den Sozialdemokraten der anderen Länder machen die Reichenberger Konfessionäre zum Vorwurf, daß sie zu wenig gegen das Ruhrabenteuer tun, die deutschen Sozialdemokraten bezichtigt er des Sozialpatriotismus, weil sie in tapferer Weise Widerstand gegen die Gewalttat des französischen Imperialismus erheben. Wenn ja, so zeigen die Verdrehungen der kommunistischen Moniteurs hier, daß Lügen kurze Beine haben.

Der „Vorwärts“ schlendert seinen ganzen Redaktionsvorrat an abgetriebenen Altschicks über „Sozialverrat“ und „Sozialpatriotismus“

165.000 Streifende im Ruhrgebiet.

Gefahr eines Generalkriegs. — Truppenzuschübe aus Frankreich. — Bei einer Abschneidung des Ruhrgebietes vom Reiche. — Die „Nationalgehirnten“ am Werke.

Berlin, 23. Jänner. (Eigenbericht.) Die Lage im Ruhrgebiet ist im allgemeinen unverändert, verschärft sich aber von Tag zu Tag. Die Arbeiter der Thyssen- und Stinneswerke sowie zweier anderer Gruben sind in den Streik getreten, sodas die Gesamtzahl der streikenden Bergarbeiter 165.000 beträgt. Die Veranlassung zum Streik gab das Verhalten eines Generals, der die Betriebsräte nicht vorließ unter dem Hinweis, er habe keine Anordnungen erteilt. Wenn das Kriegsgericht die Verurteilung wagen sollte, so wird die allgemeine Arbeitniederlegung folgen. Die Franzosen scheinen das zu fürchten und schieben daher die Verhand-

lungen immer weiter hinaus. Sie bereiten ein neues Mittel gegen den Generalkrieg vor. Es treffen immer neue Truppenmassen ein, unter denen sich sehr viele Eisenbahner befinden. Die nächste Etappe der Okkupation dürfte demnach die Übernahme der Bahnen und die völlige Abschneidung des Ruhrgebietes vom Reiche sein. Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln unterliegt ernsten Gefahren, da die Franzosen alle Lebensmittel für die Truppen beschlagnahmten. Uebrigens machen sich auch gewisse deutsche „nationalgehirnte“ Kreise die Kostgänger zunutze, um die Preise in die Höhe zu treiben. Man hofft, daß die Regierung energisch einschreiten wird.

Berständigungsversuche.

Berlin, 23. Jänner. (Eigenbericht.) Ueber die bisherigen Verständigungsversuche läßt sich folgendes sagen: Die italienische Regierung hat sich nach Paris und London gewandt, um ihre Vermittlung anzubieten. Der italienische Vorkämpfer in Berlin hat sich der deutschen Regierung für Verständigungsversuche zur Verfügung gestellt. Die Regierung befreit das zwar, doch ist das jedenfalls nur als Dementi eines „offiziellen“ Schrittes anzusehen, da der Tatsache des Vermittlungsangebotes des Vorkämpfers ändert das Dementi nichts.

Die Pariser Regierung hat den Industriellen und Publizisten Poincaré ins Ruhrgebiet entsendet — angeblich zu Propagandazwecken. Da er in seinen Schriften bis vor kurzem immer für die Lösung der Reparationsfrage ohne Sanktionen eingetreten ist, dürfte er eher den Auftrag haben, auf eine Verständigung zwischen dem deutschen und französischen Kapital und weiterhin zwischen den Regierungen hinzuwirken.

Ein englischer Sozialist über die Lage.

Berlin, 23. Jänner. (Eigenbericht.) Der englische Genosse Burton von der Labour Party äußert sich über die Ereignisse, die er im Ruhrgebiet empfangen hat: Das Verhalten der Befehlshaber gegen die Arbeiter müsse als unbefriedigend bezeichnet werden. Besonders empörend sei es, daß so viele Schulen besetzt wurden. Der Haß der Arbeiter richtete sich gegen die französischen Behörden, nicht gegen Frankreich selbst. Ueber die Stimmung in England äußerte sich Burton: Die überwiegende Mehrzahl des englischen Volkes sei gegen die französische Gewaltpolitik. Die Arbeiter Englands bekämpfen seit vier Jahren den Versaillesfrieden. Die Bourgeoisie habe erst in jüngster Zeit einen Stimmungsumschwung vollzogen, der sich gegen Frankreich richtete. Eine Unterabteilung Frankreichs würden die englischen Arbeiter auf jeden Fall verhindern; doch keine englische Regierung werde sie versuchen. Ein vermittelndes Eingreifen Amerikas würde in England sehr begrüßt werden. Die englischen Arbeiter stehen mit ihren Sympathien bei den deutschen Arbeitern. Sie sehen in dem Ringen zwischen Deutschland und Frankreich nicht den Kampf zweier Staaten, sondern den Kampf zwischen dem Militarismus und der Arbeiterklasse.

Kein Einreisen der Schweiz.

Bern, 23. Jänner. (Schweiz. Dep. Ag.) Der Bundesrat hörte heute den Bericht des Bundesrates Motta in der Frage einer Intervention der Schweiz bei dem Völkerverbund wegen der

Ruhrfrage an. Der Bundesrat beschloß, keine schweizerische Intervention durchzuführen, da die Verhältnisse keine Veranlassung dazu bieten, behält sich aber die Handlungsfreiheit vor, falls eine Aenderung eintreten sollte.

„mus“ auch gegen die belgischen Sozialisten, und er unternimmt es, an der Hand seines Zettelkastens durch Zitate zu beweisen, daß bei den belgischen Sozialisten von Internationalismus keine Spur vorhanden sei. Um zu diesem Schlusse gelangen zu können, unterblüht der „Vorwärts“, wagt wie er ist, die mannhafte Erklärung des Genossen Vandervelde in der belgischen Kammer. Um dem Reichenberger Fälscherblatte nachzusehen, sei hier angeführt, daß Vandervelde sagte: „Man wendet Gewalt an, um Unmögliches zu erzwingen! Ich widerstehe mich der Belagerung, und wenn ich der einzige wäre, der diese Haltung einnimmt. Neue Politik gefälligst denen, die nur vor Gewalt vertrauen. Wir wollen, wie Laurent sagte, den Kampf für den Frieden mit unseren Freunden in Frankreich und unseren Freunden in England aufnehmen“. Davon dürfen die Leser des „Vorwärts“ natürlich kein Wort erfahren, denn sonst könnte ihnen Vandervelde nicht mehr, wie es das Blatt will, als der leibhaftige Gottscheibein erscheinen. Umso eifriger reißt der „Vorwärts“ Zitate an

Titel aus einer Diskussion, die am 11. Jänner im Generalkrat der Sozialdemokratischen Partei Belgiens durchgeführt wurde. Was geht nun aus diesen Zitaten hervor, die das Blatt das „Stärkste an Sozialverrat“ und „blindwütigen Chauvinismus“ nennt? Nichts anderes, als daß die belgischen Sozialdemokraten für die Wiedergutmachungspflicht Deutschlands der im Kriege angerichteten Schäden sind! Aber dafür sind — man achte auf den Schwinkel des „Vorwärts“! — die deutschen Sozialdemokraten doch auch! Die deutschen Sozialdemokraten haben die Pflicht Deutschlands, Reparationen zu leisten, stets anerkannt. Wo bleibt da der „Chauvinismus“ der belgischen Sozialdemokraten? Dabei muß der „Vorwärts“ selber eingestehen, daß der belgische Generalkrat der Partei zum Schlusse der Diskussion in einer Resolution gegen das militärische Eingreifen Frankreichs und Belgiens Stellung nahm. Um wieviel mehr haben denn die belgischen Kommunisten getan. Außer der Fassung von Resolutionsen haben sie nicht das Ohr

gerührt! Das den „Vorwärts“ nicht hindert, mit der Aufdringlichkeit eines Marktschreiers als einzig zum Erfolg führend, die abgelegene Kamshaware des kommunistischen Warenlagers anzupreisen.

Aber den Gegensatz in Borien und Latein glaubt der „Vorwärts“ am wirkungsvollsten an den französischen Sozialisten aufzeigen zu können. Damit meint er einen Hauptkampf auszuspielen zu können. Man habe noch nichts davon gehört, daß ein einziger der sozialistischen Deputierten Frankreichs verhaftet worden wäre, dagegen seien schon mehr als ein halbes Duzend kommunistischer Politiker dort verhaftet worden. Daß die französischen sozialistischen Parteien keine „Massenfundgebungen“ veranstaltet haben, mag richtig sein, obgleich feststeht, daß sie in zahlreichen Versammlungen gegen Voincarés Abenteuer protestiert haben, aber Tatsache ist, daß sie infolge der beispiellosen Zerstörungsarbeit der Kommunisten in der französischen Arbeiterbewegung dazu völlig außerstande geworden sind. Die Verdächtigungen, welche die Jünger Moskaus in der französischen Arbeiterbewegung angerichtet haben, sind so tiefgehend, daß die französische Arbeiterschaft gegen die kapitalistischen Radikalklassen wie eh und los geworden sind. Erst spalten, unterwühlen, zerstören die Kommunisten die Schlagkraft des Sozialismus, dann höhnen sie ihn, daß er dem Treiben des Imperialismus nicht mit genügender Kraft entgegentritt! Daß die französischen Sozialisten Gegner der Politik der französischen Regierung sind, haben wir an der murrigen Rede des Genossen Leon Blum in der französischen Kammer gezeigt. Daß sie dem Raubzug Poincarés nicht stärker entgegenwirken konnten, daran tragen jene die pferdiche unauflösliche Schuld, die im Auftrag Moskaus kein inbrünstigeres Streben haben, als jenes, die sozialistische Arbeiterbewegung zu schwächen. Dabei laßt der „Vorwärts“ glauben zu machen, daß die französischen Kommunisten weiß Gott welche Kräfteproben gegen die Regierung geliefert haben. Es wurden ja „mehr als ein halbes Duzend“ von ihnen verhaftet! Aber warum wohl? Sie werden des „Hochverrates“ beschuldigt, weil sie sich an einer kommunistischen Konferenz in Essen beteiligten! Und was geschah in Essen ja Schreckliches? Dort erklärten die Vertreter der kommunistischen Parteien der europäischen Staaten, daß sie — gegen die Befreiung des Ruhrgebietes nichts zu machen imstande seien! Dieses Bekenntnis der eigenen Impotenz suchten die in Essen versammelten Kommunisten durch eine — Resolution (!) zu maskieren, die aber wahrlich niemandem wehe tat. Die heldenhaftesten Kommunisten! Einer der heldenhaftesten vor ihnen ist Cahin, der, als über seine Auslieferung in der französischen Kammer verhandelt wurde, in allen Tonarten beteuerte, er habe „nicht gegen die französischen Soldaten ausgehört“, sondern er habe doch nur darauf hingewiesen, daß die Befreiung des Ruhrgebietes „sehr ernste Folgen für die Arbeiterklasse“ nach sich ziehen müsse. Und er versicherte, die französischen Kommunisten hätten von den Deutschen „nicht einmal gefordert, daß sie einen Generalkrieg unternehmen“. Welch überwältigende Tapferkeit!

Der Schwinkel der Kommunisten mußte einmal aufgedeckt werden. Es gehört Ueberwindung dazu, sich mit dem Unrat, mit dem sie die Sozialdemokratie bewerfen, zu beschäftigen, aber von Zeit zu Zeit muß auch diese Arbeit getan werden. Die Moskauer bersten vor Wut, weil sie sehen müssen, daß trotz ihrer Spaltungsarbeit die Sozialdemokraten in allen Ländern den Tiefpunkt der Krise, in die sie durch den Kommunismus gerieten, längst überwunden haben und die Zeit sich nähert, da wieder eine einzige sozialistische Internationale die Arbeiterparteien der ganzen Welt umspannen wird. Darum geifert auch der „Vorwärts“ gegen die sich ständig steigenden Lebensäußerungen des Internationalismus des sozialistischen Proletariats. Die Wut der Kommunisten zeigt nur, daß wir reiten! . . .

Die Reaktion in Oesterreich.

(Von unserem Wiener Berichterstatter.)

In diesen letzten Wochen ist Europa von der Krise der Kapitalwirtschaft beherrscht...

Die Krise der Kapitalwirtschaft ist in Oesterreich... die Arbeiterklasse ist durch Arbeitslosigkeit geschwächt...

Kurz ist sie auch nach Oesterreich gekommen... die internationale Sozialdemokratie...

Die Merkmale der wirtschaftlichen Situation sind tiefe Arbeitslosigkeit und unverändert hohe Preise... die Arbeiterklasse ist durch Arbeitslosigkeit geschwächt...

Das das Unternehmertum diese Gefahr nicht nur nicht weidert, sondern nützlich, das die Kapitalisten mit ihrem Angriff auf die Sozialisierung...

Gibt so der soziale mit dem wirtschaftlichen Rückschritt Hand in Hand, so ist der "Neubau" beider die politische Reaktion...

Willen seiner Schöpfer — in den Händen der sozialdemokratischen Wiener Landesregierung...

Schlummer ist, daß die politische Reaktion in Oesterreich sich nun auch außerhalb der geschriebenen Verfassung manifestiert...

Präsident Praxel eröffnete um 5 Uhr 10 Min. nachm. die Sitzung mit einer Kundgebung gegen das Attentat auf den Finanzminister Kasin...

Die sozialen Staatsbürgerrechte zu besitzigen, den alten "Gehorsam", die alten Orden, sogar die alte Grundpflicht wieder einzuführen...

Der zweite Punkt der Tagesordnung beinhaltete den Gesetzentwurf über die Regelung der Gültigkeit von Schuldscheinen in der Slowakei und Karpathenland...

Nach dieser Rede wird der Abänderungsantrag des Sen. Barinka abgelehnt und der Gesetzentwurf unverständlich angenommen...

Die gestrige Sitzung des Senats.

Die gestrige Sitzung des Senats war als rein formale Sitzung gedacht gewesen...

Nach der Verlesung eines Begrüßungstelegrammes des polnischen Senats...

Klubobmannerkonferenz des Senats. Gestern fand vor der Hanssitzung eine Klubobmannerkonferenz statt...

Viktor Adler vor Gericht.

Die Herausgeber von Viktor Adlers Aufsätzen, Neben und Briefen haben mit dem zweiten Heft "Viktor Adler vor Gericht"...

Wenn man in einer Sammlung von Reden, die ein revolutionärer Politiker vor Gericht gehalten hat, gewöhnlich nur eine Verteidigung seiner Ideen...

Rund, dieser Vorwurf wird durch Adler widerlegt. Nicht allein um einer Idee willen ist er Sozialdemokrat geworden...

nicht um die Erzeße, die ihre Ausdauer und die Staatsgewalt an ihnen ausübte, allein ging sein Kampf, sondern um ihre Menschenwürde...

der Kravall niemals nicht ist". "das Organ dieses Grolls" fühlt er sich und hält sich darum verpflichtet, den Groll, die Unzufriedenheit, die Erbitterung...

Als Redner, als Politiker, als Agitator, als Erzähler sehen wir Adler am Werke, als Erzähler der Massen, die er vor der verderblichen anarchistischen Propaganda der Tat warnt...

eine furchtlose Verteidigung, die sich auf den Gegenstand der Anklage gar nicht einließ, sondern nur die Kompetenz des Ausnahmegerichtes bestritt...

Der gewaltige Eindruck, den Adlers Verteidigung bei diesem Prozeß machte, zeigt sich auch darin, daß jahrzehntelang der gedruckte Bericht über den Prozeß gleich der Lassalleschen Verteidigungsvreden als die beste Agitationsschrift der Partei verbreitet war...

nicht für notwendig halte, über die außenpolitische Lage dem Hause einen Bericht zu erstatten. Auch sei es notwendig, Klarheit darüber zu schaffen, von wem die einzelnen Ministerien geteilt werden...

Senator Kaegele schloß sich dem Ausführungen des Vorredners an. Genosse Reizner führte an, daß seine Partei eine Interpellation betreffend den Einfall der Franzosen ins Ruhrgebiet...

Tschechische Streikbrecher für das Ruhrgebiet?

In der gestrigen Sitzung des Senates brachten die Senatoren Reizner, Jarolim und Genossen an den Herrn Ministerpräsidenten und an den Herrn Außenminister folgende Interpellation über die Stellungnahme von Streikbrechern für das Ruhrgebiet im Auftrage der französischen Regierung ein:

Das „Berliner Tageblatt“ brachte in seiner Nummer vom 21. Jänner 1923 folgendes, aus München vom 20. Januar datiertes Telegramm:

„Die verlautet, wurden an der deutsch-tschechischen Grenze 60 tschechische Arbeiter aufgehalten, die auf französischen Befehl angeworben worden waren, um im Ruhrgebiet als Streikbrecher gegen die deutschen Arbeiter zu dienen...

Eine ähnliche Nachricht wurde durch den sozialdemokratischen Parlamentsdienst in Berlin am selben Tage verbreitet. In dieser Nachricht heißt es, daß an der bairischen Grenze 65 italienische Arbeiter und an der tschechischen Grenze 60 tschechische Arbeiter aufgehalten wurden...

Diese Nachricht ist nicht nur geeignet, unter der deutschen Arbeiterschaft die größte Erregung hervorzurufen, sondern auch die reichsdeutsche Bevölkerung mit Erbitterung zu erfüllen. Auch möchte die deutsche Regierung, wenn die Nachricht auf Wahrheit beruht, darin einen feindseligen Akt der Regierung des tschechoslowakischen Staates erblicken...

Die Gefertigten stellen daher an den Herrn Außenminister die dringliche Anfrage:

Sind die beiden Herren Minister geneigt, Aufklärung zu geben, ob der gemeldete Verfall auf Wahrheit beruht und ob und in wessen Auftrage die Anwerbung dieser 60 Streikbrecher erfolgt ist?

Sind weiters die beiden Herren Minister bereit, im Falle tatsächlich die französische Regierung hier nach Streikbrechern sucht, diesem Treiben auf das schärfste entgegenzutreten?

Prag, den 23. Jänner 1923.
(Folgen die Unterschriften.)

Inland.

Nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses — G. Heber.

Beschluß des Präsidiums des Abgeordnetenhauses. In der gestrigen Sitzung des Präsidiums des Abgeordnetenhauses stellte Präsident Tomasek die Festsetzung des Zeitpunktes für den Wiederzusammentritt des Parlamentes zur Verhandlung, Vizepräsident Genosse Dr. Cech erklärte, daß mit Rücksicht auf die sich täglich verschärfende außenpolitische Situation, auf die Vorgänge in Deutschland, die Möglichkeit ihrer Rückwirkung auf die Tschechoslowakei und ferner auch mit Rücksicht auf die Vorgänge in Ungarn die sofortige Einberufung des Parlamentes notwendig ist...

ausenpolitische Lage zu erstatten und die Stellung der Regierung zu den außenpolitischen Vorgängen darzulegen, damit den Abgeordneten die Möglichkeit zur Andeuerung ihres Wissens gegeben wird. Als Termin der nächsten Sitzung schlägt Vizepräsident Genosse Dr. Cech den 27. Jänner vor. Demgegenüber beantragte Vizepräsident Buziva unter Berufung auf die Erkrankung des Ministerpräsidenten die Einberufung der Sitzung für den 6. Feber, zu welchem Zeitpunkt der Ministerpräsident voraussichtlich soweit hergestellt sein wird, um an den parlamentarischen Arbeiten teilnehmen und im Hause erscheinen zu können...

Auch der Beherrauschlag der Koalition hielt gestern eine Sitzung ab, in der die mit der Parlamentseinberufung zusammenhängenden Fragen, insbesondere das Gesetz zum Schutze der Republik besprochen wurden. Die Vertreter der Regierung im fünfzigköpfigen Ausschuss der Koalition, die Minister Cech, Třebař und Chromčák hielten eine längere Beratung mit dem Ministerpräsidenten ab. Der Außen-Ausschuss des Abgeordnetenhauses tritt in der nächsten Woche, wahrscheinlich am 27. Jänner zusammen. Der Außenminister Dr. Benes dürfte über die außenpolitische Situation ein Exposé erstatten.

Gemeindevahlen — nach dem 9. September.

In der letzten Zeit brachten verschiedene Blätter Meldungen allerlei Art über die kommenden Gemeindevahlen. Dazu ergreift nun der Zeitungschef des Ministeriums des Innern, Dr. Bobel, in dessen Referat die Gemeindevahlen fallen, in „Pevnos“, dem Blatte des Ministerpräsidenten, das Wort, sodaß man es hier mit einer halbamtlichen Stellungnahme der Regierung zur Frage der Gemeindevahlen zu tun haben dürfte. Dr. Bobel führt darin aus, daß die Ausschreibung der Gemeindevahlen von der Aufsichtsbörde erfolgt. Die Aufsichtsbörde ist aber nicht das Ministerium des Innern, wie viele anzunehmen scheinen, sondern nach dem § 69 der Wahlordnung die politische Behörde erster Instanz, abgesehen von den Städten mit Magistrat, deren vorgesetzte Behörde die politische Landesverwaltung ist. Wenn also die Gemeindevahlen in einer Gemeinde stattfinden, darüber entscheidet der Vorstand der politischen Bezirksverwaltung. Nach dem § 10 der Wahlordnung wurden die Gemeindevahlen im Jahre 1919 auf drei Jahre gewählt und deren Funktionsdauer auf vier Jahre erweitert. Die Funktionsdauer wird aber nicht von dem Tage der Wahlen an gerechnet, sondern von dem Tage, da die Wahl in Rechtskraft getreten ist. Daher erbigt die Funktionsperiode der am 15. Juni 1919 gewählten Gemeindevahlen erst am 3. Juli 1923. Der Durchführung der Wahlen an dem Tage stehen aber andere Gesetzbestimmungen entgegen. Nach dem § 11 des Gesetzes vom 14. Juli 1922 dürfen innerhalb der Zeit von zwei Monaten, beginnend vom Tage der Auslegung der ständigen Wählerlisten, die Wahlen in die Gemeindevahlen nicht durchgeführt werden. Dadurch wird der Tag, da die Gemeindevahlen frühestens stattfinden könnten, bis zum 3. September hinausgeschoben und da der § 28 der Gemeindevahlenbestimmung bestimmt, daß die Wahlen an einem Sonntag stattfinden müssen, auf den 9. September 1923. (Dieser Termin gilt freilich nicht für die Gemeinden, wo die Wahlen später als am 15. Juni 1919 stattgefunden haben.) Zum Zusatz behandelt noch Dr. Bobel die Frage, ob die Wahlen an einem Tage stattfinden sollen oder nicht. Auch das hat der Vorsitzende der politischen Bezirksverwaltung zu entscheiden. Dr. Bobel glaubt, daß die Durchführung der Wahlen an einem Tage im Gebiete einer politischen Bezirksverwaltung infolge eines Mangels an Beamten undurchführbar sei, die ganze Bevölkerung müßte sich monatelang den Gemeindevahlen widmen und alles andere würde liegen bleiben.

Nach dieser autoritativen Erklärung des kompetenten Zentralschefs im Ministerium des Innern ist also damit zu rechnen, daß die Gemeindevahlen in den Monaten September und Oktober, fallsfalls vor dem 9. September stattfinden werden.

Tschechische Bergleute ins Ruhrgebiet. In dieser gestern von uns besprochenen Angelegenheit berichtet das Landeszentralarbeitsamt in Prag: An den letzten Tagen brachten wiederholt einzelne tschechische und deutsche Blätter die Nachricht betreffend die Anwerbung von Bergarbeitern für Frankreich, mit der Bemerkung, es handelte sich um Streikbrecher für die Bewältigung des Streiks deutscher Bergarbeiter im Ruhrgebiete. Demgegenüber erklärt das Landeszentralarbeitsamt in Prag, daß die von ihm bereits im Herbst 1922 eingeleitete und vom ersten Augenblick an mit Wissen der koalitierten Bergarbeiterverbände vorgenommene Anwerbung von Bergarbeitern für Frankreich, mit der später entstandenen Situation im Ruhrgebiete rein gar nichts zu tun hat. Zum Beweise seiner Erklärung führt das Amt an, daß nach einer bereits am 10. November 1922 mit den Vertretern der französischen Unternehmer beim Ministerium für soziale Fürsorge vorangegangenen Konferenz die Vertreter aller koalitierten Bergarbeiterverbände an einer weiteren im Landeszentralarbeitsamt in derselben Sache am 14. November 1922 stattgefundenen Beratung teilgenommen haben, und daß die Verbände über alles, was das Amt in dieser Sache seit jener Zeit unternehmen hat am laufenden erhalten wurden. Der in der Nacht vom 20. auf den 21. Jänner 1923 durch die deutschen Grenzbehörden in Eger zurückhaltene Transport von slowakischen Bergarbeitern war die zweite Gruppe, welche auf die bereits im November 1922 gemachte Bestellung in den schlesischen Bergwerken in Courrières nach Frankreich abging. Diese Bergarbeiter hätten bereits im Dezember die Arbeit antreten sollen, jedoch wurde ihre Abfahrt nur durch die Schwierigkeiten bei der Passausstellung in der Slowakei aufgehalten.

Die slowakische Parteienzerklüftung. In der „Tribuna“ wird eine Zuschrift aus Preßburg veröffentlicht, in der es unter anderem heißt: „Heute existiert in der Slowakei bloß eine einzige autonomistische Partei im wahren Sinne des Wortes, die slowakische Volkspartei und die ist in Auflösung befindlich. Von der slowakischen Nationalpartei, welche zeitweise lauter, zeitweise stiller das Programm der slowakischen Autonomie entwarf, sind einige bedeutungslos wenige Vordintelligenzen zurückgeblieben, welche mit der raschen Entwicklung im Staate und der ganzen Welt nicht Schritt gehalten haben und in der politischen Arbeit, besonders aber in ihrer Organisationsfähigkeit, wahre Antitalente sind. Ein Novum bildet auch die Partei des Dr. Bajzovský in Lučenec, von der noch nicht sicher ist, ob sie sich definitiv bilden und welches Programm sie vertreten wird. Wenn Tuka und Hlinka wirklich einen La des autonómieauschlag werden bilden wollen, müßten sie sich mit einem Lager verbinden, welches gerade in der letzten Zeit das Projekt der Zulassung Autonomie mit Begeisterung begrüßt und welches nicht unbedeutend ist. Es hat aber den Fehler, daß es nicht slowakisch ist. Dazu werden sich die Volkspartei kaum einschließen können.“ Die Zuschrift befaßt sich weiter mit dem Ausschuss der amerikanischen Slowaken, der den Kampf um die slowakische Autonomie im Sinne des Putzburger Vertrages führen will und der auf die Errichtung eines ähnlichen Ausschusses in der Slowakei drängt, um an dessen Tätigkeit anzuknüpfen.

Der Standpunkt des Ministeriums für soziale Fürsorge zur Novelisierung des Mieterschutzgesetzes beruht nach den Informationen der „Eidwe Noviny“ darin, daß bei der Novelisierung im neuen Gesetz alle Bestimmungen, die die Mieter und Mieterinnen vor der grundlosen Kündigung durch die Hausbesitzer schützen, aufrecht erhalten werden müssen. Demgegenüber erkennt das Ministerium für soziale Fürsorge an, daß es im neuen Gesetz nötig sein wird, wenigstens teilweise dem Unterschied zwischen dem Zins in den alten und neuen Häusern auszugleichen und zwar besonders in Fällen, in denen die Einrichtung der alten Häuser und Wohnungen qualitativ den Einrichtungen der neuen Wohnungen ähneln.

Das Gesetz über die allgemeine Körpererziehungspflicht wird, wie das „Pravo Lidu“ meldet, im Gesundheitsministerium vorbereitet. Einen selbständigen Teil des Gesetzes bilden die Grundlagen für die Hochschule für Körperkultur, welche gleichzeitig mit dem Inkrafttreten des Gesetzes errichtet wird. Weiter wird das Gesetz Bestimmungen enthalten, mittels denen Grundstücke für die Errichtung von Spiel- und Sportplätzen beschlagnahmt werden können. Die Spiel- und Sportplätze werden auf das modernste eingerichtet werden.

Eine katastrophale Niederlage der Nationalsozialisten in Bodenbach. Die Nationalsozialisten hatten für Montag Abend eine Kundgebung gegen die Vergabung von Banarbeitern durch die Stadtgemeinde einberufen. Zu derselben waren namentlich Arbeiter in großer Zahl erschienen. Die Kundgebung gestaltete sich aber zu einer katastrophalen Niederlage der Gelben und wird ihnen wohl lange in Erinnerung bleiben. Es sprachen von nationalsozialistischer Seite der Landessekretär der Partei Krebs und der Abgeordnete Wenzel. Von sozialdemokratischer Seite sprach Bürgermeister Genosse Reizner, der eine scharfe Abrechnung mit Herrn Wenzel sowohl als auch mit dessen Partei hielt. Während der Ausführungen des Genossen Reizner kam es wiederholt zu tumultuarischen Szenen, insbesondere durch einen Zwischenruf des Herrn Krebs, der Genossen Reizner beschuldigte, dieser habe ihm unliebsame politische Gesandtschaften abweisen lassen. Genosse Reizner stellte unter stürmischer Unterstützung des größten Teil der Versammlung fest, daß die Parteigenossen der Herren Krebs und Wenzel, Abgeordneter Pahel und Redakteur Dr. Schilling für die Beschuldigung auf eine Klage hin Abbitte leisten mußten. Erst

als Krebs die Behauptung unter Entschuldigung zurüknahm, beruhigten sich die Versammlungsteilnehmer. Genosse Reizner erklärte, er wisse nicht, warum die Nationalsozialisten durch Parteibeschluß eine Firma schützen, die in Bodenbach mehr tschechische als deutsche Arbeiter beschäftigt. Unter gespannter Aufmerksamkeit der Zuhörer führte Genosse Reizner weiter aus, er müßte der größte Schuft sein, wenn er sich für die Firma Kaiser eingeseht hätte.

Die Firma Kaiser, erklärte Reizner, hat an eine mir bekannte Person zwei Rechnungen, gleichlautend auf den Betrag von rund 8000 Kronen, zum Schaden einer dritten Firma ausgestellt, und zwar für Arbeiten, die nie geleistet wurden. Diese Person ist bereit, mir die Rechnungen zu übergeben und die Herren sind auch bereit, im Falle, daß Herr Kaiser mich fragt, meine Behauptung zu bezeugen. Wenn Sie zu den Nationalsozialisten gehen, noch den Mut haben, diese Firma zu schützen, denn ist Ihre Partei für immer gerichtet.“

Diese Feststellung des Genossen Reizner löste einen Beifallssturm aus und die Anhänger Wenzels machten noch geraume Zeit geistreiche Gesandtschaften. Wenzel verzichtete auf das Schlusswort. Unsere Vertrauensleute konnten nur mit Mühe eine Züchtigung der Gelben verhindern. So wurde die Parteiführerschaft auf die Kundgebung der Gelben zu einer fürchterlichen Blamage und zur größten Niederlage, die sie in Bodenbach bisher erlitten haben. Das „Nordböhmische Tagblatt“ schreibt die Niederlage seiner gelben Freunde selbstverständlich fort.

Telegramme. Die Krise im Ruhrland. Berlin, 23. Jänner. (Tsch. U. B.) Die Blätter melden übereinstimmend aus Essen, daß der Widerstand der gesamten Bevölkerung des Ruhrgebietes gegen die französischen Eindringlinge von Stunde zu Stunde wächst. Laut dem „Vorwärts“ arbeitet nicht eine der Regien, deren Leiter verhaftet worden sind. Die nach Mainz verschleppten deutschen Regierungsdirektoren befinden sich in Einzelhaft. Jeder Verkehr mit ihnen ist unmöglich. Die Verhaftungen im neu besetzten Gebiet treibt mit großer Geschwindigkeit einer Krise zu. Viele Gleise der Eisenbahnen sind bereits verstopft. — In einer Unterredung mit dem General Degoutte erklärte gestern nach dem „Berliner Tageblatt“ der Regierungschef vom Düffeldorf, Grüner, amerikanische Kaufleute hätten ihm mitgeteilt, sie müßten ihre Gesamtlieferungen in das Ruhrgebiet abbrechen wegen der Gefahr, daß die eingeschleppten Waren vom französischen Militär beschlagnahmt werden. Bei einem Verlangen der Transportmittel schwinde im übrigen jede Verteilungsmöglichkeit. Es würde die größte Stilllegung in der Getreide- und damit der Brotversorgung der Bevölkerung eintreten. — Der Essener Berichterstatter des „Vorwärts“ schätzte nach der Zahl der französischen Truppentransporte, die ausschließlich für das Ruhrgebiet bestimmt sind, die Stärke der Gesamtbesatzung des Ruhrgebietes auf 250.000 Mann (!). — Einer Meldung des „Berliner Tageblatt“ aus Frankfurt a. M. zufolge, haben die Franzosen gestern die hiesigen Wälder um Wiesbaden beschlagnahmt.

Der Verkehrston mit Arbeitern. Mainz, 22. Jänner. (Wolff.) Die Abordnung der Arbeiter und Angehörigen von Ithfen, der Essener Steinkohlenbergwerke H. G. und des Essener Bergwerksvereines „König Wilhelm“, war heute in Mainz anwesend, um bei General Degoutte gegen die Verfassung der Leiter ihrer Bergwerke und der Betriebsdirektoren zu protestieren und deren sofortige Freilassung zu verlangen. Da General Degoutte nicht anwesend war, wurde die Abordnung vom Generalstabschef Senair empfangen, dem sie schriftlich und mündlich erklärte, daß die Verantwortung für die aus der Nichterfüllung ihres Gesuches entstehenden Folgen voll und ganz auf die französische Besatzungsbehörde zurückfällt. Der Generalstabschef erwiderte der Abordnung, daß General Degoutte in Düffeldorf und daher für sie nicht zu sprechen sei. Auf die nochmalige Anfrage, ob es nicht möglich sei, General Degoutte doch noch zu sprechen, erklärte der Generalstabschef scharf: „General Degoutte hat seine Anweisungen getroffen, daran ist nichts zu ändern.“

Heute Prozeß gegen Ithfen und Genossen. Mainz, 23. Jänner. In letzter Stunde wurde der Prozeß gegen den Landesfinanzamtspräsidenten Dr. Schultius vertagt. Es verlautet, daß der gestern verhaftete Präsident des Finanzlandesamtes in Köln nach Mainz gebracht worden sei. Morgen wird also nur gegen Fritz Ithfen, gegen die Generaldirektoren Rejten, Tengelmann, Wittenhofer und Vergasseffor sic und gegen die Bergwerksdirektoren Spindler und Haisfen verhandelt werden. Die verhafteten deutschen Industriellen sind im Gefängnis in Mainz untergebracht. Sie sollen leidlich anständig behandelt werden. Dagegen ist der

